

Nina Warken MdB

Newsletter

Zuhören. Anpacken. Umsetzen.

CDU

Nr. 4/2023

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

viele von Ihnen haben mich in den letzten Wochen und Monaten hinsichtlich der Hilfen im Bereich der Energieversorgung angesprochen. Das große Hin und Her der Ampel, ihre öffentlichen Streitereien sowie das von Minister Habeck geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen haben bei vielen Menschen in ganz Deutschland für Verunsicherung gesorgt. Hinzu kommt, dass auf europäischer Ebene umfassende, finanziell belastende Sanierungspflichten geplant sind. Die Europäische Volkspartei (EVP) hat im EU-Parlament bereits dagegen gestimmt.

Klar ist natürlich, dass wir beim Klimaschutz zügig Fortschritte machen müssen. Aber gleichermaßen braucht es eine Wärmewende, die die Menschen mitnimmt und nicht finanziell überfordert. Sie muss nachhaltig und versorgungssicher ausgestaltet sein. Das gilt für alle Sektoren mit Klimaschutzbezug. Leider waren auch in diesem Bereich die Ergebnisse des Koalitionsausschusses enttäuschend. Wichtige Fragen werden – wenn überhaupt – nur oberflächlich thematisiert. So kann eine erfolgreiche Energiewende nicht funktionieren.

Daher haben wir als Union schon selbst vor Wochen eigene Anträge zur Wärmewende, zum Stromversorgungssicherungsgesetz sowie zu einem Sonnenpaket – zu dem Sie auf Seite 2 dieses Newsletters weitere Informatio-

Die
Nina Warken

CDU/CSU-Kommunalgipfel war ein großer Erfolg



Berlin. Mehr als 400 Gäste haben am gestrigen Kommunalgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Asyl- und Flüchtlingspolitik teilgenommen. Besonders wichtig war mir, dass Landrat Dr. Achim Brötel mit dabei war und die Perspektive unserer Heimat auf diese große Herausforderung einbringen konnte. Als Parlamentarische Geschäftsführerin meiner Fraktion war ich für die Organisation des Gipfels mit verantwortlich. Zusätzlich bin

ich innerhalb der CDU/CSU für das Thema Integration zuständig. Es ist völlig klar: Integration endet nicht bei Aufnahme und Unterbringung. Es braucht Sprachkurse, Kita- und Schulplätze, Integrationsmanager und vieles mehr. Bei alledem darf der Bund seine Kommunen nicht im Stich lassen. Sie brauchen Hilfe bei der Unterbringung und Betreuung von Migranten und eine rasche finanzielle Unterstützung. Bund und Länder müssten eine tragfähige Lösung finden, so wie es nach 2015 mit den von der unionsgeführten Bundesregierung initiierten Entlastungen der Fall war.

König Charles III. zum Staatsbesuch in Deutschland



Berlin. In dieser Woche waren Charles III. und seine Gemahlin zu ihrem ersten offiziellen Staatsbesuch als Königspaar in Deutschland zu Gast. Während seines Aufenthalts in Berlin hat das britische Staatsoberhaupt eine Ansprache im Deutschen Bundestag gehalten und damit ein Zeichen für die in den vergangenen Jahren nicht immer einfache deutsch-britische Freundschaft gesetzt.

In dieser Woche startet mein neuer WhatsApp-Broadcast



Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwald-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88.** Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!

Unser Leitantrag zur Nationalen Sicherheitsstrategie

Wie in meinem letzten Newsletter bereits thematisiert, wurde im Koalitionsvertrag eine Nationale Sicherheitsstrategie binnen eines Jahres angekündigt. Nach mehrfacher Verschiebung lässt ein strategiesetzendes Dokument, das Deutschlands Interessen und Werte in einer unsicheren Welt definiert, weiter auf sich warten. Wenn die Zeitenwende gelingen soll, ist ein strategischer und institutioneller Kulturwandel in unserer Außen- und Sicherheitspolitik notwendig. Dem Vernehmen nach kann sich die Bundesregierung jedoch aufgrund von Zuständigkeitsstreitereien nicht auf die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates einigen. Für uns als Union ist klar: Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie. Und diese Strategie braucht einen Ort. Ein Nationaler Sicherheitsrat, angesiedelt im Bundeskanzleramt, soll nach unserer Vorstellung in Zukunft einen Beitrag zu strategischer Vorausschau und Krisenprävention leisten, unter Beteiligung der Bundesländer ein umfassendes Lagebild zur inneren und äußeren Sicherheit erstellen sowie in Krisenlagen die operative Steuerung der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen. Des Weiteren bedarf es einer gesetzlichen Grundlage für die Nationale Sicherheitsstrategie, um eine stärkere Einbindung des Bundestages in außen- und sicherheitspolitische Debatten sicherzustellen. [Den aktuellen Leitantrag der CDU/CSU zu diesem Thema finden Sie hier.](#)

Sonnenpaket für Deutschland

Seit Verabschiedung der EEG-Novelle im letzten Jahr hat die Ampelregierung kaum etwas für den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien und die generelle Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende unternommen. Das von Kanzler Scholz versprochene „Deutschlandtempo“ ist nicht zu sehen. Um endlich voranzukommen, haben wir deshalb mit einem Antrag Forderungen für ein Sonnenpaket zum Ausbau der Erneuerbaren Energien vorgelegt. Dazu zählen Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage, wie zum Beispiel vergünstigte KfW-Darlehen, Abbau von bürokratischen Hürden bei der Zertifizierung oder beim Mieterstrom sowie Verbesserungen bei Agri- und Freiflächen-PV. Aber auch Maßnahmen für eine Ansiedelung von Solarindustrie in Deutschland wurden aufgegriffen. Wir müssen unsere Potentiale nutzen und Anreize schaffen, nur so können wir die Gesellschaft und die Wirtschaft erfolgreich mitnehmen und unterstützen. [Den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Sonnenpaket für Deutschland finden Sie hier.](#)

CDU/CSU-Antrag zur EU-Pflanzenschutzmittel-Verordnung



Am Donnerstag wurde der [CDU/CSU-Antrag zur Pflanzenschutzmittel-Verordnung der EU](#) abschließend diskutiert. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, im EU-Agrarministerium deutliche Verbesserungen für die Landwirte gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission zu erreichen. Konkret soll die Bundesregierung die Belastungen der Umwelt durch einen umfassenden Ansatz aus Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz, Digitalisierung und anderen Bereichen minimieren, sich gegen ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln in landschaftlichen Schutzgebieten einsetzen sowie Einschränkungen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auf der Grundlage von wissenschaftlichen Fakten treffen. Kurzum: Innovation und Praxistauglichkeit statt Verbote und Ideologien. In der jetzigen Fassung gefährdet der EU-Entwurf in dieser ohnehin schon angespannten Situation unsere traditionsreichen kleinen und mittelständigen bäuerlichen Betriebe und insbesondere den traditionsreichen Weinbau in unserer Region.

Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen

In ihrem Koalitionsvertrag schreibt die Ampel: „Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern.“ Die Realität sieht allerdings anders aus. 2022 wurden gerade einmal neun Gefährder zurückgeführt, während es im Jahr 2021 noch 22 Personen waren. Auch insgesamt zeigen die Abschiebezahlen unter der Ampelregierung das genaue Gegenteil einer Rückführungsoffensive und sind weiter rückläufig. Die aktuelle Situation unserer Kommunen in Hinblick auf gegenwärtig und absehbar fehlende Unterbringungskapazitäten lässt eine Durchsetzung von Ausreisepflichten umso dringlicher erscheinen. Mit einem Antrag hat die CDU/CSU deshalb die folgenden wesentlichen Forderungen an die Bundesregierung gerichtet: Die von der Ampel angekündigte Rückführungsoffensive muss umgehend auf den Weg gebracht werden. Bei der Migrationszusammenarbeit müssen alle Kooperationsfelder einschließlich der Visavergabe, Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsbeziehung einbezogen werden. Die Bundesregierung soll sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass pragmatische Lösungen für Rückführungen von ausreisepflichtigen Gefährdern und Straftätern nach Afghanistan gefunden werden sowie die Länder bei der Schaffung von ausreichenden Haftkapazitäten unterstützen. [Den Antrag der CDU/CSU finden Sie hier.](#)

Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung adäquat begegnen



Odenwald-Tauber. Gemeinsam mit dem Gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Priv.-Doz. Dr. Michael Preusch, bin ich mit Vertretern der Ärzteschaft aus Odenwald-Tauber über die Herausforderungen für die Gesundheitsvorsorge ins Gespräch gekommen. Dabei hat auch der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Karsten Braun, den Teilnehmern aus erster Hand die aktuellen Zahlen der Versorgungslage unserer Region vorgestellt. Steigender Ärzte- und Personalmangel, längere Wartezeiten für Patienten und höhere bürokratische Auflagen prägen derzeit die hausärztliche Versorgungsstruktur. Hinzu kommt die mögliche Doppelbelastung durch die Pläne der Regierungskommission für die Krankenhausversorgung. Um zukunftsorientierte Lösungen für diese Probleme zu finden, ist mir der Austausch mit unseren niedergelassenen Ärzten wichtig. Vielen Dank an Michael Preusch, Karsten Braun und alle Teilnehmer für die rege Diskussion. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU-Landtagsfraktion werden sich auch weiterhin für die Stärkung der Ärzteschaft und die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung vor Ort einsetzen.

Frühschoppen in Oberalbach



Oberalbach. Beim Ortsverband der hiesigen CDU stand zunächst die Jahreshauptversammlung mit Ehrungen langjähriger Mitglieder auf dem Programm. Beim anschließenden Frühschoppen habe ich in meinem Bericht aus Berlin über bundespolitische Themen, wie die Wahlrechtsreform und aktuelle energiepolitische Herausforderungen, gesprochen. Danach haben wir in einer lebhaften Diskussion über viele weitere Themen debattiert. Ganz herzlichen Dank für den schönen Sonntag!

Agrarpolitischer Austausch zwischen Kreisbauernverband, Europa- und Bundespolitik



Main-Tauber-Kreis. Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen – steigende Preise, strenge Auflagen für Umwelt- und Klimaschutz sowie die Tierhaltung und vieles mehr. Daher ist es besonders wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen – so wie bei der Delegiertenversammlung des Kreisbauernverbandes Main-Tauber. Mit dabei war mein Kollege Norbert Lins aus dem Europaparlament, der über aktuelle Vorhaben berichtet hat und viele Fragen beantworten konnte. Herzlichen Dank an die Landwirtinnen und Landwirte für die Einladung und den Austausch!

Bäckerhandwerk in der Region und ganz Deutschland vor großen Herausforderungen

Neckar-Odenwald-Kreis. Nie zuvor war das Handwerk so sehr gefährdet wie heute. Viele Herausforderungen machen den Bäckern das Backen schwer. Auch bei meinem Austausch mit Bäcker Thomas Mayer aus Mosbach-Neckarelz standen die aktuellen Hürden im Mittelpunkt. Vor allem haben wir über die steigende Bürokratie sowie Energie- und Rohstoffkosten gesprochen. Umso erfreuter bin ich, dass auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Bäcker der Innung Neckar-Odenwald an der Brotprüfung teilgenommen haben. Überdurchschnittliche und exzellente Bewertungen wurden festgestellt und prämiert. Herzlichen Glückwunsch auch an dieser Stelle noch einmal!



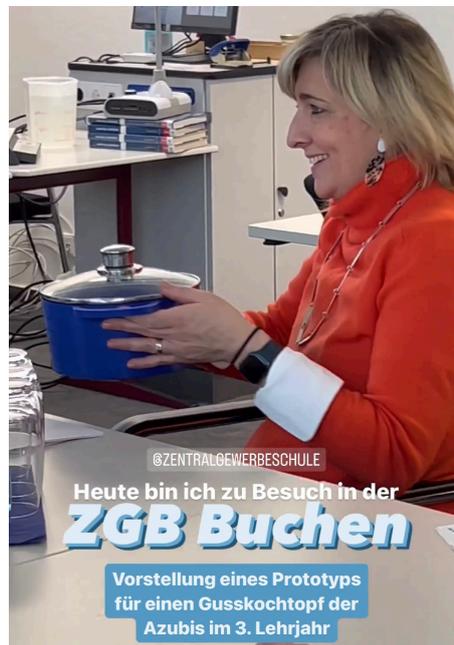
Unterwegs mit der CDU in Weikersheim



Weikersheim. Zusammen mit der örtlichen CDU habe ich in Weikersheim zahlreiche Stationen besucht. Die energiepolitische Diskussion haben wir direkt vor Ort auf dem Feld bei den Windkraftanlagen geführt. Dabei ging es auch um die Frage, wie Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) zur Energiewende beitragen können. Im Anschluss stand das Thema Bau im Mittelpunkt. Obwohl an allen Ecken und Enden Wohnraum fehlt, fallen die Förderangebote der Bundesregierung überaus bescheiden aus. Die Union hat schon 2022 den [Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“](#) in den Bundestag eingebracht und dazu eine Anhörung mit Sachverständigen durchgeführt. Nächster Stopp in Weikersheim war die Evangelische Heimstiftung. Hier standen Gesundheitsversorgung und Pflege im Mittelpunkt. Den Abschluss des gelungenen Tages bildete ein gut besuchter und spannender Bürgerdialog.



#SocialMedia



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



twitter.com/ninawarken

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken, Kommunalgipfel, Charles III. S. 1, Ärzte S. 3, Weikersheim S. 4), Marcel Ditrich (Bäcker S. 3, Weikersheim S. 4), Marie-Sophie Lanig (Pflanzenschutz S. 2), Peter D. Wagner (Bauernverband und Oberballbach, S. 3), Team Warken (weitere Fotos).